

KOLONIALE  
VOLKSSCHRIFTEN

**Auswanderung  
und Kolonialpolitik**

Von

**J. Gerstmeyer,**

Geh. Oberregierungsrat und Ministerialrat



**S 17**

**9034**

**Bd 4**

**H e f t IV.**

*9-4*

5161.

KOLONIALE VOLKSSCHRIFTEN

Heft IV.

Auswanderung  
und Kolonialpolitik

von

J. Gerstmeier

Ceh. Oberregierungsrat und Ministerialrat



1924

Herausgegeben vom  
Kolonialverlag Sachers & Kuschel  
Berlin S 42, Fürstenstraße 18

Di 9-4

S17/9034

Stadt- u. Univ.-Bibl.  
Frankfurt/Main

Alle Rechte vorbehalten.  
Copyright 1924 by Kolonialverlag Sachers und Kuschel, Berlin

48/570 x 1



**A**uswanderung und Kolonisation sind zwei Erscheinungen im Leben der Völker, welche im engsten Zusammenhange stehen. Dieser Zusammenhang ist auch in der deutschen Wissenschaft erkannt worden. Es darf nur auf das klassische Werk von Roscher und Jannasch „Kolonialpolitik und Auswanderung“ (erste Auflage 1848) hingewiesen werden. Leider hat die praktische Politik in Deutschland, wie wir später sehen werden, daraus nicht die nötigen Folgerungen gezogen.

Unter Auswanderung im weitesten Sinne versteht man jede Art des Verlassens des Heimatlandes in der Absicht, sich in einem fremden Lande niederzulassen. Die Niederlassung kann als eine dauernde beabsichtigt sein, sodaß man sich völlig von der Heimat löst und sein Dasein im fremden Lande beschließen will. Dies ist der eigentliche Fall der Auswanderung. Oder man will im Auslande nur bestimmte Zwecke verfolgen, z. B. Handel oder Plantagenwirtschaft betreiben, eine Anstellung bekleiden, eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben, als Missionar die Heiden bekehren, demnächst aber in die Heimat zurückkehren.

In diesem Falle spricht man von Zeitwanderung. Er ist noch wieder von dem eines lediglich vorübergehenden Aufenthalts im Auslande, der Auslandsreise zu unterscheiden. Die Unterscheidungen spielen für die Gesetzgebung, aber auch wirtschaftlich und politisch eine Rolle. Der eigentliche Auswanderer entzieht dem Mutterlande dauernd seine Arbeitskraft und sein Kapital, der Zeitwanderer nur vorübergehend und entschädigt das Mutterland in der Regel dafür reichlich durch die Erfahrungen und die Gewinne, die er heimbringt. Nicht notwendig ist mit der Auswanderung die Aufgabe der Staatsangehörigkeit verbunden. Man kann diese behalten, unter Umständen trotz des Erwerbs der fremden Staatsangehörigkeit, sodaß man dann eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzt, wie z. B. jetzt die Deutschen in Südwestafrika. Die Staatsangehörigkeit ist nicht bloß von juristischer Bedeutung. Sie verknüpft den Auswanderer noch durch ein festes Band mit der Heimat. Durch den Verlust wird erfahrungsgemäß das Untergehen im fremden Volkstum erleichtert.

Eine weitere wichtige Unterscheidung ist die zwischen Einzel- und Massenauswanderung. Die Begriffe erklären sich selbst. Heute ist die Auswanderung des Einzelnen (oder einer Familie) die Regel. In älteren Zeiten, wo die Verkehrsverhältnisse noch wenig entwickelt waren und der Fremde als Eindringling oder gar als Feind galt, sodaß der Einzelne großen Gefahren ausgesetzt war, herrschte die Massenauswanderung vor. Immerhin war auch die Einzelauswanderung in früheren Zeiten schon eine bedeutende. Gewisse Völker, wie z. B. die

Juden, Armenier, Inder haben seit jeher die Neigung gehabt, sich zwischen andere Völker zu zerstreuen. Die Juden waren schon zur Zeit der Zerstörung Jerusalems in der ganzen alten Welt verbreitet. Eine besondere Form der Massenauswanderung sind die Zwangsaustreibungen aus religiösen oder politischen Gründen, wie z. B. diejenige der Juden nach der Eroberung Jerusalems durch Titus, der Hugenotten, der Salzburger usw.

Die Auswanderung hat seit den ältesten Zeiten in der Geschichte der Völker eine große Rolle gespielt. Durch Wanderungen hat sich einst die Menschheit über die Erde ausgebreitet. Die ersten Menschen sind wahrscheinlich auf einem begrenzten Gebiete mit bestimmten Daseinsbedingungen (im Süden Asiens oder auf versunkenen Landmassen südlich von Asien?) entstanden, wenn auch vermutlich der Ursprung der Menschheit kein einheitlicher ist. (Die Menschen stammen wahrscheinlich nicht von einem Elternpaar ab, sondern sind durch allmähliche Absplitterungen höher entwickelter Wesen vom Urstamm entstanden. Diese Entwicklung hat sich an verschiedenen Orten und wohl auch nicht überall gleichzeitig vollzogen. Die Rassenunterschiede dürften damit zusammenhängen. Sie gehen vermutlich auf Spaltungen zurück, die schon bei den Urprimaten, den Vorfahren der heutigen Menschen und Menschenaffen, eingesetzt haben. Deshalb erscheint auch die Annahme nicht berechtigt, daß alle Rassen gleich befähigt sein müßten. Die Ueberlegenheit der indogermanischen Rasse, die sich namentlich auch bei der Ausbreitung der Menschheit über die Erde zeigt, dürfte auf eine höhere

Veranlagung zurückzuführen sein, zu welcher der Grund schon vor Jahrmillionen gelegt ist.)

Von den Ursprungsstätten haben sich die Menschen, weil infolge Vermehrung der Nahrungsspielraum zu knapp wurde, allmählich über die ganze Welt zerstreut, indem sie hordenweise immer weiter in unbewohnte Gegenden vordrangen. Die Bevölkerung der Erde ist etwa so zu denken, daß bestimmte Gruppen von Menschen durch Afrika nach Norden bis Europa zogen, das damals von Afrika noch nicht vollständig getrennt war, andere nach Australien, die dort sehr früh abgekapselt wurden, wieder andere nach dem Osten und Norden Asiens, sowie von dort über eine Landbrücke nach Nordamerika und schließlich nach Südamerika. Die höchststehenden Stämme endlich breiteten sich im westlichen Asien aus und drangen von dort während der Eiszeit ebenfalls nach Europa vor. Es war dies zuerst die sogenannte Aurignac-Rasse. Sie stieß in Europa mit einer mehr den Negern verwandten Urbevölkerung zusammen, zu welcher der Heidelberger und der Neandertaler Mensch gehörten. Diese wurde allmählich von ihr ausgerottet oder aufgesaugt.

Eigentlich autochthon ist wahrscheinlich kein lebendes Volk. Gewisse Stämme sind allerdings in Gegenden verblieben, in die sie schon vor uralten Zeiten eingedrungen waren, wie z. B. die Zwergvölker im Süden Asiens und im Innern Afrikas. Manche setzten sich in späterer Zeit in bestimmten Gebieten fest. Andere haben immer wieder bis in die neueste Zeit ihren Wohnsitz gewechselt. So bildete sich der Unterschied von Stand- und Wandervölkern heraus.

Als sehr wanderlustig haben sich namentlich die Völker Vorderasiens erwiesen. Die Vorfahren der Indogermanen sind vermutlich von dort hergekommen. Auch noch in der geschichtlichen Zeit sind aus Asien immer wieder Völkerwellen gegen Europa geflutet, wie die Hunnen, Magyaren, Mongolen, Araber (diese über Nordafrika), zuletzt die Türken, deren Ansturm erst endgültig in der Schlacht am Kahlen Berge 1683 gebrochen worden ist, durch welche das von ihnen belagerte Wien entsetzt wurde.

Die Wanderungen vollzogen sich in den ältesten Zeiten so, daß die ganze Horde, später der ganze Stamm oder das ganze Volk aufbrach und in andere Gegenden zog. Nach der ersten Besiedelung der Erde sind sie regelmäßig mit Kämpfen verbunden gewesen. Man fiel über die Bevölkerung der Gebiete, in welche man eindrang, her, und war man stark genug, sie zu überwinden, so tötete man sie und fraß sie auf. Meist ließ man die Weiber leben und machte sie sich dienstbar. Später wurden auch Männer und Kinder zu Sklaven gemacht. Es war das schon ein Fortschritt. Noch später begnügte sich der eingedrungene Stamm mit einer Herrenrolle über das unterworfenen Volk.

Mit dem Uebergang der begabteren Völker zur Seßhaftigkeit, also in der Periode des beginnenden Ackerbaues, der gleichzeitig den Anfang höherer Kultur bedeutet, tritt uns eine andere Form der Ausbreitung der Menschheit entgegen, die Kolonisation. Zur Unterbringung des Volksüberschusses werden Niederlassungen an fremden Gestaden gegründet, wo die überzähligen Landsleute sich Ackerland urbar machen oder sich neue Ausgangspunkte

für den Handel schaffen. In dieser Weise gingen die Phönizier, Griechen und Karthager vor. Nicht mehr das ganze Volk wandert aus, sondern sein Stamm bleibt sesshaft und entsendet nur Ableger. Diese Ableger sind die Kolonien. Regelmäßig denken wir dabei an überseeische Niederlassungen. Aber die Kolonisation kann sich auch in Form des Vordringens über Land vollziehen. Beispiele sind die Kolonialgründungen der Römer im Norden Italiens, in Gallien und Germanien, die Kolonisation des Ostens durch die Deutschen, die deutschen Ansiedlungen in Siebenbürgen, an der Wolga und in Südrußland die Besiedelung Sibiriens durch die Russen.

Die Kolonisation geschah in früheren Zeiten zumeist in Form der Massenauswanderung. Die Kolonisten vereinigten sich zu größeren geschlossenen Trupps und blieben auch in der neuen Heimat beieinander. In dieser Weise ist noch die erste Besiedelung Nordamerikas durch Europäer vor sich gegangen. Mit der Entwicklung der Verkehrsmittel trat immer mehr die Einzelauswanderung an die Stelle, die heute auch für die Uebersiedelung nach Kolonialländern die Regel bildet.

Mit der Entstehung der Staaten, die sicher schon vor der geschichtlichen Zeit liegt, tritt die Frage auf, wie die Staatsgewalt sich zur Auswanderung verhalten soll. Sie kann die Abwanderung von Volksgenossen verbieten, erlauben oder geradezu begünstigen; sie kann ferner es dem Einzelnen überlassen, sich Zeitpunkt und Ziel der Auswanderung frei zu wählen, oder sie kann versuchen, hierauf bestimmenden Einfluß zu üben. Sie kann endlich den Auswanderer in der Fremde seinem Schicksal

überlassen oder sie kann sich seiner in den verschiedensten Formen annehmen, durch diplomatischen und militärischen Schutz, durch finanzielle Unterstützung, durch wirtschaftliche oder kulturelle Maßnahmen und dergl. mehr. Staaten mit schwacher Bevölkerung werden sich natürlich der Auswanderung weniger freundlich gegenüberstellen als solche mit starkem Bevölkerungsüberschuß. Bei gesunden Völkern ist ein solcher die Regel, und daher bei ihnen auch die Neigung zur Ausbreitung über die Grenzen. Die Geschichte zeigt uns weiter, daß alle politisch begabten Völker es verstanden haben, mit dieser Tatsache zu rechnen und die Auswanderung den staatlichen Interessen dienstbar zu machen, den wirtschaftlichen wie den politischen. Sie sind deshalb bestrebt gewesen, die Auswanderung in bestimmte Bahnen zu lenken, namentlich sie dazu zu benutzen, um Kolonien zu gründen und sie planmäßig zu bevölkern. Man spricht in diesem Falle von organisierter Auswanderung.

Schon die Griechen unterschieden zwischen kolonialen Niederlassungen, die aus freien Bestrebungen der Volksgenossen hervorgingen (Apoikien) und solchen, die vom Mutterstaat gegründet waren und in denen jeder Ansiedler vom Staate einen bestimmten Anteil Landes zugewiesen erhielt (Kleruchien). Die Römer gründeten systematisch Kolonien, indem sie ausgediente Soldaten oder verarmte Bürger in außeritalischen Provinzen ansiedelten. Gerade diese Ansiedlungen dienten dazu, ihre Herrschaft zu erweitern und zu befestigen. Alle Völker, welche es zu einer Weltmachtstellung gebracht haben, haben dies nicht zum wenigsten dadurch erreicht, daß sie

unter Benutzung der Auswanderung planmäßig Kolonien anlegten und dorthin immer wieder überschüssige Volkskräfte verpflanzten. In neuerer Zeit sind es vor allem die Engländer gewesen, welche schon früh die Wichtigkeit einer kolonialen Siedlungspolitik erkannt haben. Sie haben diese mit der ihnen eigenen Großzügigkeit und Zähigkeit benutzt, um sich ein Weltreich zu schaffen, welches das römische längst in den Schatten gestellt hat. Ein ganzer Erdteil, Australien, ist von den Engländern planmäßig besiedelt worden. Den Anstoß dazu gab die von E. S. Wakefield 1830 gegründete „National Colonisation Society“. Später nahm die Regierung das Werk in die Hand. Man schob u. a. auf öffentliche Kosten die Erwerbslosen aus den Großstädten nach Australien ab, desgleichen Gefangene, die in sogenannten Strafkolonien untergebracht und zum Teil dort auch angesiedelt wurden. Ein großer Teil der heutigen australischen oberen Zehntausend stammt von Proletariern oder Verbrechern ab! Ähnlich sind die Russen in Sibirien vorgegangen. Die Deportationen und sogenannten administrativen Verschickungen verfolgten gleichzeitig kolonialisatorische Zwecke. Auch Bauern, die aus freiem Entschluß auszogen, sind in Sibirien systematisch angesiedelt worden. Spanier, Portugiesen, Holländer und Franzosen haben ebenfalls ihre verhältnismäßig nicht starke Auswanderung benutzt, um große Kolonialreiche zu gründen und zu besiedeln. Ihr Volksüberschuß ist freilich niemals so groß wie derjenige Englands gewesen und sie haben deshalb auf die Dauer weder ihre Machtstellung noch ihren Kolonial-

besitz vollständig behaupten können. Ihre Kolonien wurden zum Teil, und zwar gerade, soweit sie eigentliche Siedlungskolonien waren, eine Beute Englands oder machten sich unabhängig. Immerhin ist es für jene Nationen wirtschaftlich und politisch ein gewaltiger Vorteil, daß große Teile der Welt ihre Sprache sprechen und von einer Bevölkerung bewohnt sind, die durch Bande des Blutes mit ihnen verknüpft ist. Frankreich hätte ohne seinen Kolonialbesitz, den es nach Verlust einer Reihe älterer Kolonien mit großer politischer Voraussicht wieder ergänzt und dem es systematisch seine Nationalität aufgeprägt hat, soweit möglich — wie in Algerien, Tunis und Marokko — unter Ueberführung von Ansiedlern, seine Großmachtstellung nicht behaupten und den Weltkrieg nicht durchhalten können. Italien hat wenigstens in neuester Zeit die Bedeutung der Auswanderung für die Stärkung der nationalen Macht erkannt und deshalb u. a. ein „Nationales Kreditinstitut für italienische Arbeit im Ausland“ gegründet, das Siedelungsunternehmen, insbesondere in den Kolonien, finanzieren soll. Endlich hat in den letzten Jahrzehnten auch Japan, das ganz bewußt sogenannte imperialistische Politik treibt, die Auswanderung seinen Machtbestrebungen dienstbar gemacht, indem es planmäßig Landsleute in Gebiete vorgeschoben hat, die es seiner Herrschaft unterwerfen will. Lediglich politisch schlecht veranlagte Völker, wie die Chinesen, Inder, Polen, die deshalb auch ihre Unabhängigkeit nicht haben wahren können, haben es nicht verstanden, aus der Auswanderung politische Vorteile zu ziehen, wengleich selbst bei ihnen in neuerer Zeit das Bestreben

hervortritt, sich der Landsleute in der Fremde anzunehmen. Das polnische Volk hat im übrigen, als es infolge des Ausganges des Weltkrieges wieder staatliche Selbständigkeit erlangt hatte, aus seiner Ausbreitung gewaltigen Nutzen gezogen.

Die Möglichkeit der Auswanderung in ein bestimmtes Land hängt von der Möglichkeit der Einwanderung in dasselbe ab. Die Einwanderungsfrage hat sich für die Kolonialgebiete zumeist ziemlich einfach gelöst. Die Eignung als solche hing ja damit zusammen, daß hier nur eine dünne oder auf niedriger Kulturstufe stehende, zu dauerndem Widerstande nicht befähigte Bevölkerung angetroffen wurde. In der Regel fand sich diese mit dem Zustrom höher stehender Einwanderer bald ab. Häufig hat sie sich freilich auch in Ueberschätzung ihrer Kräfte widersetzt, so namentlich, wenn man sie aus ihren Jagdgründen, Ackerländereien oder Viehweiden vertreiben wollte. Kolonialkriege sind keinem Volke erspart geblieben. Selbstverständlich ist es ein Unsinn, wenn man dem deutschen Volke aus dem Hererokriege oder der Niederwerfung des Aufstandes, der in Deutsch-Ostafrika unter dem Grafen Götzen ausbrach, einen Vorwurf machen will. Die Spanier, Portugiesen, Franzosen, Engländer und Italiener haben viel mehr und viel blutigere Kolonialkriege geführt als die Deutschen — es mag nur auf die Kämpfe der Spanier und Portugiesen in Südamerika, der Franzosen in Nordafrika, Madagaskar und Tonkin, der Engländer in Nordamerika, Indien, Südafrika, der Italiener in Abessinien und Tripolis hingewiesen werden — und sie sind dabei viel grausamer vorgegangen, ganz

abgesehen davon, daß sie einen großen Teil ihres Kolonialbesitzes durch förmliche, vom Zaune gebrochene Eroberungskriege erworben haben. Auch die Amerikaner sollten, ehe sie Deutschland Vorwürfe machen, daran denken, wie sie die Indianer zu Tausenden und Abertausenden niedergeknallt haben. Ueberall, wo die Engländer in früherer Zeit hingekommen sind, haben sie die Eingeborenen zum Aussterben gebracht oder doch, wie in Indien, zu Millionen verhungern lassen, und die Zwangsaushebungen der Franzosen haben gewiß nichts mit Menschlichkeit zu tun. Die Deutschen haben in ihren Kolonien einige wenige Aufstände mit Waffengewalt unterdrückt, im übrigen aber für die Eingeborenen gesorgt, wie keine andere Nation. In allen deutschen Kolonien hat sich, namentlich dank einer ausgezeichneten sanitären Fürsorge, die eingeborene Bevölkerung vermehrt.

Für die Einwanderung in selbständige Staaten ist maßgebend deren Willen, und dieser wird einmal durch die Bevölkerungsverhältnisse und sodann namentlich auch durch allgemeine politische Erwägungen beeinflusst. Unter den liberalen Anschauungen des neunzehnten Jahrhunderts hatte sich in den meisten kultivierten Ländern der Grundsatz der Einwanderungsfreiheit Bahn gebrochen. Er setzte sich auch für die Kolonien durch, die man früher im wirtschaftlichen Interesse des Mutterlandes der fremden Einwanderung verschlossen hatte. Ein gegenseitiges Durchdringen der Völker ist die Folge gewesen, das schneller als früher die Stammes- und Völkerwanderungen die noch aufnahmefähigen Teile der

Welt mit Menschen erfüllt hat. Namentlich fand ein starker Zustrom der weißen Rasse aus Europa nach den minder dicht bevölkerten Ländern anderer Erdteile mit geeignetem Klima statt, wie z. B. nach den Vereinigten Staaten, nach den südamerikanischen Staaten, nach Australien, Nord- und Südafrika, Vorder- und Ostasien. Eine weniger erwünschte weitere Folge war das allmähliche Vordringen sich stark vermehrender Völker in Länder mit einer kulturell höher stehenden, aber weniger rasch wachsender Bevölkerung, wie z. B. der Polen nach Deutschland, der Inder nach Ost- und Südafrika, der Japaner und Chinesen nach Amerika, den Südseeinseln und Australien.

Der Weltkrieg hat die geschilderte Entwicklung zum Teil unterbrochen. Er hat nach den verschiedensten Richtungen hin einen Rückfall in barbarische Gepflogenheiten im Gefolge gehabt. Die Zwangsausweisung der Angehörigen der unterlegenen Staaten seitens der verbündeten feindlichen Mächte erinnert an Maßnahmen älterer Zeiten, über die man sich vor dem Kriege nicht genug entrüsten konnte. Auch die Besetzungen und das Vermögen der Vertriebenen wurden eingezogen, ja sogar ihr Hausrat beschlagnahmt, und damit ein allgemein anerkannter Grundsatz des modernen Völkerrechts, die Unantastbarkeit des Privateigentums im Kriege, von Nationen verletzt, die vorgaben, für die Freiheit der Völker sowie die erhabensten Grundsätze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Natürlich war das nur eine Phrase, um die verbrecherischen Absichten zu bemänteln, mit denen die feindlichen Mächte den

Krieg begonnen und zu Ende geführt haben. In Wahrheit ist dieser der gewaltigste Raubkrieg gewesen, welchen die Weltgeschichte kennt. Kein Wunder daher, daß durch die verbündeten feindlichen Mächte auch der Grundsatz der Einwanderungsfreiheit für weite Gebiete der Erde, die von ihnen beherrscht werden, wieder beseitigt worden ist.

Die Auswanderung ist auch eine der Formen des Kampfes ums Dasein, um mit Darwin zu sprechen. Man verläßt die Heimat, weil dort die Nahrung zu knapp wird — der älteste Auswanderungsgrund — oder weil man doch in der Ferne günstigere Daseinsbedingungen zu finden hofft. Wird das Eindringen von Auswanderern dem Einwanderungslande un bequem, so kämpft dieses dagegen an. Kämpfte man früher um Jagdgelände und Ackerland, so sind es jetzt im Zeitalter der Industrie die Absatzgebiete und Rohstoffherstellungsstätten, die man sich streitig macht. Der Kampf der Menschen ums Dasein wird dadurch gemildert, daß der Mensch ein sittlich und rechtlich empfindendes Wesen ist. Immer wieder aber, wenn der Wettstreit zu groß wird, brechen die egoistischen Triebe durch und setzen sich über die ethischen Hemmungen hinweg. Der Weltkrieg ist ein Zeichen der Verschärfung des Kampfes der Menschheit ums Dasein, und damit hängen auch die wenig erfreulichen Erscheinungen zusammen, die er gezeitigt hat.

\*

Gerade der Weltkrieg hat nun auch in Deutschland die Auswanderungsfrage wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Die Deutschen waren seit jeher ein wanderlustiges Volk. Als die Griechen und Römer schon längst zur Seßhaftigkeit übergegangen waren und wohlorganisierte Staaten gebildet hatten, sind sie noch in Stammeswanderungen begriffen. Bekannt sind die Züge der Zimbern und Teutonen, sowie diejenigen der Vandalen und Goten während der sogenannten Völkerwanderung, die nur eine von vielen gewesen ist. Nachdem der Westen ihnen durch den Vertrag von Verdun (843) verschlossen war, dringen die Deutschen nach Osten vor und liefern hier Beweise großartiger kolonialisatorischer Befähigung. Als sich mit dem Fortschreiten der Kultur in Deutschland der Handel entwickelt, gründet die Hansa an den Gestaden der Nord- und Ostsee sowie im Innern Rußlands Niederlassungen, die modern ausgedrückt, Handelskolonien waren. Nach der Entdeckung Amerikas wurden dort durch süddeutsche Kaufleute (die Ehinger und Welser) auch Versuche überseeischer Kolonisation unternommen. Ebenso schuf der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der als Jüngling in Holland Verständnis für Seefahrt und überseeischen Handel gewonnen hatte, koloniale Niederlassungen an der Westküste Afrikas sowie auf der Insel St. Thomas in Westindien. Die Uneinigkeit und politische Ohnmacht der Deutschen verhinderten es, daß diese Ansätze einer Kolonialpolitik dauernde Erfolge zeitigten. Dagegen haben die Deutschen im Mittelalter Kolonien im weiteren Sinne durch Massenauswanderungen über Land gegründet, die sich bis heute erhalten haben, so z. B. in Siebenbürgen, wohin sie

der ungarische König Géza II. (1141—1161) gerufen hatte.

In der späteren Zeit ließ die Auswanderung aus Deutschland nach. Der Grund war hauptsächlich, daß die im Mittelalter verhältnismäßig zahlreiche Bevölkerung durch den dreißigjährigen Krieg stark vermindert worden war. (Sie hatte etwa um die Hälfte abgenommen. 1608 zählte sie rund 25 Millionen, 1648 rund 12 Millionen Köpfe.) Auch in der Folgezeit wirkten innere Kriege, wie der Oesterreichische Erbfolgekrieg und der siebenjährige Krieg, hemmend auf die Volksvermehrung ein. Ueberdies verbreiteten sich volkswirtschaftliche und politische Anschauungen, die der Auswanderung nicht günstig waren. Es kam als Ausfluß des Merkantilismus das sogenannte Populationssystem auf. Man wollte sich Arbeitskräfte und Soldaten erhalten. Kurbayern verbot z. B. 1764 die Auswanderung bei Strafe der Vermögenskonfiskation. Wer unbefugt Auswanderer anwarb, kam an den Galgen. Ungünstig wirkte auch das mit dem Merkantilismus einhergehende sogenannte Kolonialsystem. Die Kolonialstaaten betrachteten die Ausnutzung ihrer überseeischen Besitzungen als Staatsmonopol und verschlossen diese der Einwanderung. Nur auf besondere Einwirkung hin vollzogen sich zeitweilig aus Deutschland Auswanderungen größeren Maßstabes über Land. So z. B. wurden von der Kaiserin Katharina II. (1762—1796) zahlreiche Deutsche im Süden Rußlands angesiedelt. Die Habsburger Kaiser veranlaßten seit 1723 württembergische und schwäbische Bauern, sich im sogenannten Banat in Ungarn (der Gegend zwischen Maros

und Theis, heute zu Rumänien gehörig) als Kolonisten niederzulassen, und der Quäker Penn bewog 1709 große Massen von Pfälzern, ihm nach den Vereinigten Staaten zu folgen. Auch der Verkauf von Soldaten seitens einzelner Territorialfürsten bewirkte eine Art Auswanderung.

Im Anfang des 19. Jahrhunderts änderten sich die Anschauungen über die Auswanderung. An die Stelle des Merkantilismus trat die Freihandelslehre, unter deren Einfluß die Kolonien der europäischen Mächte geöffnet wurden, und im Anschluß an die Proklamation der Menschenrechte in Frankreich kam auch in Deutschland der Grundsatz der Auswanderungsfreiheit auf, der später in die Verfassungen übergegangen ist. (Vgl. Art. 112 der heutigen Reichsverfassung.)

Es setzte nunmehr eine allmählich zunehmende Auswanderung ein, zu der namentlich die auf die Freiheitskriege folgenden politischen Verhältnisse — es war die Zeit der Demagogenverfolgungen, wo Fritz Reuter zum Tode verurteilt und nach Begnadigung 7 Jahre in Festungshaft gehalten wurde, weil er die deutschen Farben getragen hatte — sowie Mißernten den Anstoß gaben. Den Höhepunkt erreichte sie in den fünfziger Jahren (1854 wanderten 252000 Personen aus). Die Auswanderer wählten meist Amerika als Ziel, namentlich die Vereinigten Staaten, wo sie im fremden Volkstum untergingen. Sie wurden, wie man es ausgedrückt hat, Kulturdünger für andere Nationen. Einsichtige Männer kamen deshalb auf den Gedanken, den Strom der Auswanderer in bestimmte Gegenden, z. B. Mexikos, zu lenken, wo sie geschlossen beiein-

ander bleiben und so ihr Volkstum bewahren konnten. Um diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, bildeten sich sogenannte Kolonisationsvereine, deren Unternehmungen aber meist mit Mißerfolgen endeten. Das Ziel erreicht hat nur der Hamburger Kolonisationsverein, welcher eine Reihe geschlossener Ansiedelungen in Südbrasilien gründete, die bis heute ihr Deutschtum bewahrt haben. Leider konnten sie sich mangels genügenden Zuzuges nicht weiter ausdehnen, da 1859 durch das v. d. Heydtsche Reskript anlässlich von Unzuträglichkeiten, die sich für die deutschen Ansiedler in dem tropischen Nordbrasilien aus dem dort bestehenden Parceria- oder Halbpacht-system ergeben hatten, die Auswanderung nach ganz Brasilien Beschränkungen unterworfen wurde, die einem Verbot gleichkamen. Das Reskript ist bis 1897 in Kraft geblieben.

Die Bestrebungen der Kolonisationsvereine begegneten sich mit denjenigen, welche auf Erwerbung eines eigenen Kolonialbesitzes gerichtet waren. Der koloniale Gedanke war in Deutschland nie ganz eingeschlummert. Immer wieder fanden sich Männer, die ihn verfochten, so z. B. der bayerische Staatsmann Becher, dem es beinahe gelungen wäre, Neu-Amsterdam, das heutige New-York, zu einer bayerischen Kolonie zu machen, sowie der aus der Verteidigung Kolbergs bekannte alte Nettelbeck, der Friedrich den Großen und später Friedrich Wilhelm III. für den Erwerb einer Pflanzungskolonie in Guyana zu gewinnen suchte. Beide aber wollten von Kolonialgründungen nichts wissen, weil ihnen die Verhältnisse hierfür nicht reif erschienen. Später waren es namentlich Männer der

Wissenschaft, wie der Nationalökonom Roscher und der Missionsinspektor Fabri, die auf die Bedeutung von Kolonialbesitzungen für die Lösung der Auswanderungsfrage hinwiesen.

Die auf eine planmäßige Auswanderungs- und Kolonialpolitik gerichteten Wünsche in Deutschland fanden neue Nahrung, als infolge des ruhmreichen Krieges gegen Frankreich 1870/71 das Nationalbewußtsein sich gewaltig steigerte und gleichzeitig unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise, die den sogenannten Gründerjahren nach dem Kriege folgte, die Auswanderung erneut anschwell (1881 bis auf 221000 Köpfe). Es bildete sich 1882 der Deutsche Kolonialverein, der sich demnächst mit der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ zu der noch heute bestehenden, in zahlreichen Zweigvereinen über ganz Deutschland verbreiteten „Deutschen Kolonialgesellschaft“ verschmolz. Es gelang nunmehr auch den Fürsten Bismarck, der sich bis dahin gegen alle Kolonialpläne ablehnend verhalten hatte, für den Erwerb von Kolonialgebieten zu gewinnen, und es folgte die Zeit der Flaggenhissungen in Afrika und in der Südsee.

Die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ wie überhaupt die meisten Kolonialfreunde hatten vor allem die Gewinnung von Auswanderungskolonien im Auge. Bismarcks Anschauungen entsprach dies aber nicht. Er wollte keine überseeischen Provinzen gründen, wie er sich ausdrückte, sondern lediglich kaufmännische Niederlassungen unter Schutz nehmen. Den Wert der Kolonien sah er hauptsächlich in der Möglichkeit, dort überseeische Produkte, wie Kaffee,

Kakao, Gewürze, Baumwolle zu gewinnen, ohne daß das Geld dafür aus dem deutschen Vermögen herausginge. Er war überhaupt kein Auswandererfreund. Von Leuten, die den Staub des Vaterlandes abgeschüttelt hätten, wollte er nichts wissen. Der Gedanke, die Kolonien dazu zu benutzen, die Machtsphäre des Vaterlandes zu erweitern, lag ihm völlig fern. Seine auswärtige Politik blieb bis zuletzt eine im wesentlichen kontinentale. Dementsprechend wollte er auch das Regieren der Kolonien den Kaufleuten überlassen, die sich zu Gesellschaften zusammenschließen sollten. Dies Programm hat nicht innegehalten werden können, da die Aufschließung, Befriedung und Verwaltung der ungeheuren unter Schutz gestellten Gebiete, die sich größtenteils noch im Urzustande befanden, zu große Anforderungen stellte. Aber es hat auch die Kolonialpolitik der späteren Zeit beeinflusst, und zwar, wie man heute wird zugeben müssen, in verhängnisvoller Weise. Die Regierung betrachtete die Schutzgebiete in der Hauptsache als Handels- und Plantagenkolonien und glaubte daher, ihre Nutzbarmachung im wesentlichen den Interessenten überlassen zu können. Sie tat deshalb für sie nur das allernötigste und vergab große Gebiete an sogenannte Konzessionsgesellschaften mit monopolartigen Rechten. Auf der anderen Seite hielten die Deutsche Kolonialgesellschaft und weite Kreise des Volkes an dem Gedanken einer Siedlungspolitik fest. So z. B. gründete die Deutsche Kolonialgesellschaft eine Tochtergesellschaft zur Besiedelung Südwestafrikas, die aber, weil ihr nicht hinreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten, nur geringe Erfolge erzielte. An die Auswanderungsfrage

knüpfte auch die Opposition gegen die Kolonialpolitik im Reichstage an. Sie tadelte es gerade an den erworbenen Kolonialgebieten, daß sie zur Aufnahme von Ansiedlern ungeeignet wären. In Deutsch-Ostafrika, behauptete Virchow, hätte der Deutsche nur die Wahl, ein ehrenvolles Begräbnis zu finden oder von den Schwarzen gefressen zu werden. Die Folge ist gewesen, daß die amtliche Kolonialpolitik hin- und herschwankte und von Anfang an an einer großen Halbheit litt, die für sie zum Fluch geworden ist.

Die Anschauungen über die Auswanderung änderten sich auch in den Regierungskreisen, als zu Ende des vorigen Jahrhunderts, etwa um die Zeit, wo Kiautschou und die Karolinen erworben wurden, Deutschland anfing, bewußt Weltpolitik und Welt-handel zu treiben. Man erkannte jetzt die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Auslands-deutschums, und 1897 kam ein Gesetz über das Auswanderungswesen zu stande, welches eine bessere Fürsorge für die Auswanderer bezweckte. In der Kolonialpolitik aber blieb im Wesentlichen alles beim Alten, obwohl sich inzwischen heraus-gestellt hatte, daß nicht nur Südwestafrika, sondern auch weite Gebiete in Ostafrika und Kamerun, die wegen ihrer Höhenlage klimatisch gesund und malaria-frei waren, sich zur dauernden Niederlassung einer größeren Zahl von Weißen eigneten. Die Regierung hatte kein festes Ziel und wagte es nicht, größere Ausgaben für die Schutzgebiete beim Reichstag zu befürworten. Der Reichstag wiederum war wenig bewilligungsfreudig, weil die Masse des Volkes zweifellos von den Kolonien enttäuscht war. Der

gewöhnliche Mann hatte nichts von ihnen und wollte kein Geld für die reichen Kaufleute und Standesherren ausgeben, die hauptsächlich an den Unternehmungen dort beteiligt waren, obwohl diese dabei weniger von der Hoffnung auf große Gewinne, als von patriotischen Beweggründen geleitet wurden. Die Entwicklung der Schutzgebiete litt aber gerade da-runter, daß nicht die nötigen Mittel für ihre Er-schließung aufgewendet wurden. Man war so in eine Art circulus vitiosus hineingeraten, aus dem nicht leicht herauszukommen war. Bemerkenswert ist es, daß die Regierung sich wenigstens für Südwestafrika zu dem Versuch einer Siedelungspolitik größeren Stiles entschloß (1903) und daß es auch gelang, vom Reichstag dafür 300 000 Mark bewilligt zu erhalten. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, wurde zunächst ein Kommissar (Dr. Rohrbach) nach Südwestafrika ent-sandt. Als er gerade seine Tätigkeit beginnen wollte, brach der Hereroaufstand aus, und die Regierung ist auf ihren Plan später nicht mehr zurückgekommen.

Der Hererokrieg in Südwestafrika und ein gleich-zeitiger Aufstand in Deutsch-Ostafrika hatten wenigstens das Gute, daß sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Schutzgebiete lenkten. Man sah ein, daß man sich ihrer mehr als bisher annehmen müsse. Die lange Vernachlässigung hatte sich bitter gerächt. Aber auch jetzt zeigte sich wieder die rein wirtschaftliche Einstellung der deutschen Kolonialpolitik. Die Regierung berief als kolonialen Reformator einen Bank-direktor, Dernburg, der zweifellos seine Aufgabe von seinem Standpunkt aus gut gelöst hat. Dernburg ver-stand es, dem Reichstag klar zu machen, daß die

Kolonien gerade für die industriell eingestellte Wirtschaft Deutschlands als Lieferanten wichtiger von der Industrie benötigter Rohstoffe (Baumwolle, Hanf, Oele, Fette, Kautschuk, Kupfer u. dergl.) sowie als Absatzgebiete für ihre Produkte von größter Bedeutung seien, daß aber, um die Kolonien hierfür nutzbar zu machen, zunächst die erforderlichen Mittel hergegeben werden müßten, damit diese durch Hafenbauten, Eisenbahnen und eine zweckmäßige Organisation der Verwaltung aufgeschlossen würden. Der Erfolg der von ihm durchgesetzten Maßnahmen ist nicht ausgeblieben. Die Schutzgebiete kamen jetzt wirtschaftlich wirklich vorwärts und Ein- und Ausfuhr derselben schnellten sprunghaft in die Höhe. Für die Heranziehung von Ansiedlern aber hatte Dernburg nichts übrig, ja er stand einer Siedlungspolitik geradezu feindlich gegenüber. Nicht der Weiße, sondern der Eingeborene sollte in den Kolonien produzieren, und angesehene Volkswirtschaftler, wie Rathenau und Bonn, traten ihm hierin bei. Sie konnten sich freilich auch darauf berufen, daß für Deutschland ein Bedürfnis, Auswanderer unterzubringen, zur Zeit nicht bestände. Die Auswanderung hatte in den letzten Jahren vor dem Kriege stark nachgelassen. Sie umfaßte durchschnittlich nur noch etwa 23000 Köpfe jährlich. Der gewaltige Geburtenüberschuß, den Deutschland damals hatte (1913: 833000 Köpfe) wurde größtenteils von der aufsteigendsten entwickelten Industrie aufgenommen. Ja, diese mußte als Hilfskräfte noch zahlreiche Ausländer heranziehen, so daß Deutschland selbst ein Einwanderungsland geworden war. (Am 1. Dezember 1910 wurden insges. 1259880 Ausländer in Deutschland gezählt.)

So waren die deutschen Kolonien, als der Weltkrieg ausbrach, nur verhältnismäßig schwach mit Weißen bevölkert. (Zuletzt wanderten etwa 3000 Weiße dort jährlich ein. Die gesamte nicht eingeborene Bevölkerung zählte rund 24400 Köpfe, davon 14830 in Südwestafrika. Gegenüber der Bevölkerungsziffer des Mutterlandes von etwa 67,8 Millionen Köpfen sind diese Zahlen völlig verschwindende. An der Ein- und Ausfuhr des Reiches waren dagegen die Schutzgebiete mit etwa  $\frac{1}{2}\%$  beteiligt). Die Folge war, daß die Kolonien im Weltkrieg eine leichte Beute der Feinde wurden. Dabei hat der Verlauf der Kämpfe in Deutsch-Ostafrika gezeigt, welche Unterstützung das Mutterland bei stärkerer Besiedelung der Schutzgebiete von diesen hätte haben können. Hätte Deutschland rechtzeitig koloniale Auswanderungspolitik getrieben, so wäre wohl seine Geschichte anders verlaufen und der Weltkrieg vielleicht ganz vermieden worden. Unsere Feinde haben gerade aus ihren überseeischen Besitzungen einschl. der verlorenen wie den Vereinigten Staaten die Kräfte entnommen, um uns niederzuringen. Nur im Vertrauen auf jene konnten sie es wagen über Deutschland und Oesterreich herzufallen. Deutschland wollte den Anschein einer Machtpolitik vermeiden, und gerade deswegen muß es sich jetzt von seinen Feinden den Vorwurf gefallen lassen, daß es eine solche getrieben habe!

In der ersten Zeit nach dem unglücklichen Ende des Krieges war in Deutschland die Ansicht weit verbreitet, daß wegen des zu erwartenden wirtschaftlichen Abstieges eine Auswanderung größten

Maßstabes einsetzen werde. Es wurden daraufhin auch besondere Maßnahmen getroffen, in der Weise wie es damals üblich war: Man organisierte! Die Reichskommission für Rückwanderung, die ursprünglich nur die während des Krieges aus den feindlichen Staaten vertriebenen Deutschen unterbringen sollte, wurde als Reichswanderungsamt zu einer Auswanderungsbehörde mit großem Beamtenapparat und zahlreichen Zweigstellen sowie Vertretern im Auslande ausgestaltet. Freilich erhielt das Reichswanderungsamt im wesentlichen nur beratende Zuständigkeit. Vor einer zielbewußten Auswanderungspolitik schreckte man zurück. Auch sonst geschah nur wenig. Ein neues Auswanderungsgesetz, wie ein solches geplant war, ist nicht zustande gekommen. Erst in jüngster Zeit ist eine Verordnung (vom 14. Februar 1924) erlassen worden, um wenigstens einigen der schreiendsten Mißstände, die sich inzwischen herausgestellt hatten, abzuhelpfen. Tatsächlich blieb auch eine Auswanderung zunächst fast ganz aus und setzte dann erst ganz allmählich wieder ein. Deshalb hat sich auch der Sparkommissar das Reichswanderungsamt zum Opfer erkoren und es ist zum 1. April d. Js. gänzlich abgebaut worden. An seiner Statt ist eine Reichsstelle für das Auswanderungswesen beim Reichsministerium des Innern errichtet worden, deren Aufgabe hauptsächlich in der Sammlung und Versendung von Material sowie in der Ueberwachung der Auswanderung im Inlande besteht. Die Auswanderungsfrage ist so gewissermaßen bei Seite gestellt worden und die Meinung ist heute in Deutschland weit verbreitet, daß sie als erledigt betrachtet werden könne.

Versuchen wir uns ein Urteil darüber zu bilden, ob diese Ansicht zutreffend ist.

Wie steht es zur Zeit in Deutschland mit den Ernährungsverhältnissen, die allezeit von wesentlichem Einfluß auf die Auswanderung gewesen sind? Deutschland ist ursprünglich ein Agrarstaat gewesen, der Lebensmittel ausführte. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren 70 v. H. der Bevölkerung agrarisch. Darin ist allmählich ein Wandel eingetreten. 1871 war etwa die Hälfte, vor dem Weltkriege nur noch ein Viertel der Bevölkerung im Landbau tätig. Der Rest ernährte sich z. T. durch Handel, als Beamte oder in freien Berufen und dergl., hauptsächlich aber in der Industrie. Diese wurde größtenteils durch Einfuhr ausländischer Rohstoffe gespeist und arbeitete für die Ausfuhr. Fast die Hälfte der Einfuhr (1913 etwa für 5 Milliarden Mark) entfiel auf Rohstoffe, über die Hälfte der Ausfuhr (6,4 Milliarden Mark) entfiel auf Fertigfabrikate. Außerdem war die Ein- und Ausfuhr von Halbfabrikaten beträchtlich. Mit dem Ueberschuß des Erlöses aus der Ausfuhr wurden Lebensmittel gekauft, die Deutschland nicht mehr in genügender Menge für die angewachsene Bevölkerung erzeugen konnte. Deutschland führt für rund zwei Milliarden Mark Lebensmittel mehr ein als aus. Auch die an sich hochentwickelte Landwirtschaft stützte sich zum Teil auf die Einfuhr ausländischer Dünge- und Futtermittel (1913 für 1,2 Milliarden Mark). Auf diese Weise wurde eine Bevölkerung von 67,8 Millionen Köpfen ernährt.

Wie liegt es nun jetzt? Durch den Versailler Vertrag ist das Gebiet Deutschlands bedeutend verringert, und zwar hat es gerade solche Landesteile

verloren, die (wie Westpreußen, Posen, Nordschleswig) für die Volksernährung sogenannte Ueberschußgebiete waren, d. h. Lebensmittel abgeben konnten. Die Bevölkerung hat sich zwar im Ganzen durch die Abtretungen ebenfalls vermindert, sich aber gleichzeitig innerhalb der neuen Grenzen durch den Zustrom von vertriebenen Deutschen aus dem Auslande, den Kolonien und den entrissenen Gebieten, wie namentlich Elsaß-Lothringen, sowie ferner durch Einwanderung, insbesondere von Osten her, stark verdichtet. (Die Bevölkerungsdichte ist von 120 auf 131 gestiegen.) Das neue Deutschland benötigt also verhältnismäßig mehr Nahrungsmittel als das alte. (Die Anbauflächen für Getreide, Kartoffeln usw. haben sich durch die Abtretungen um 17 v. H. verkleinert, die Bevölkerung ist um 10 v. H. geringer als früher.) Aber auch die Landwirtschaft ist als solche jetzt weniger leistungsfähig. Die Aecker sind während des Krieges ausgesogen, der Viehstand hat sich, insbesondere auch durch die Abgaben auf Grund des Versailler Vertrages, vermindert, und vor allem fehlt es an Futter- und Düngemitteln. Soweit sie vorhanden sind, sind sie unverhältnismäßig teuer. Die Abnahme der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft ist auf etwa 60 v. H. geschätzt worden. Hiernach müßte, damit die Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln versorgt werden kann, die Industrie weit mehr leisten als früher, d. h. eine verhältnismäßig weit stärkere Ausfuhr haben. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Infolge des Mangels an Rohstoffen, die vom Auslande nur gegen ausländische Werte, sogenannte Devisen, bezogen werden können, der Arbeiterschwie-

rigkeiten, der Kapitalnot, des Steuerdrucks, der Verteuerung der Kohlen, der hohen Verkehrstarife usw. kann die Industrie nicht soviel hervorbringen wie früher, und dem Absatz ihrer Erzeugnisse nach dem Auslande werden allerhand Hindernisse in den Weg gelegt, da die fremden Länder die deutsche Konkurrenz im Interesse ihrer, während des Krieges zum Teil künstlich gezüchteten Industrie fern halten wollen. Die Schwerindustrie leidet noch besonders durch die Abtretung oder Besetzung der Kohlen- und Eisengebiete (Elsaß-Lothringen, Saar- und Ruhrgebiet). Während Deutschland schon im Interesse der Ernährung seiner Bevölkerung eine aktive Handelsbilanz haben müßte, ist diese in Wirklichkeit seit dem Kriege um etwa 3—4 Milliarden jährlich passiv. Aus den Ueberschüssen der Ausfuhr sollen nun aber auch noch die gewaltigen Reparationszahlungen geleistet werden (nach dem Dawes-Gutachten  $2\frac{1}{2}$  Milliarden Goldmark jährlich!).

Bei dieser Lage der Dinge ist es eigentlich ein Wunder, daß Deutschlands Volkswirtschaft nicht längst völlig zusammengebrochen ist. Wenn sie sich trotzdem bisher noch hat aufrecht erhalten können, so liegt die Erklärung darin, daß das deutsche Volk von der Vergangenheit gelebt hat. Es hat die Ersparnisse der Zeit vor dem Kriege aufgezehrt. Zum Teil hat es auch, solange die deutsche Mark noch im Auslande genommen wurde, auf Kosten des letzteren gelebt. Unter dem Schleier der Inflation ist das flüssige Vermögen selbst der Aermsten des Volkes verbraucht worden, wobei die schamlose Bereicherung einzelner Volkskreise nur eine Ausnahme

von der Regel bildet. Die Stabilisierung der Reichsmark (der früheren Goldmark!) mit 1 Billion = 1 GM., sowie die dritte Steuernotverordnung, die eine Bankrotterklärung sowohl des Reichs, der Länder und der Kommunen wie auch der gesamten Volkswirtschaft bedeutet, sind ein Ausdruck dafür, wie sehr Deutschland wirtschaftlich heruntergekommen ist. (Dabei kann hier dahingestellt bleiben, ob die dritte Steuernotverordnung im Einzelnen den Schaden gerecht verteilt und ob der Bankrott des Reiches nicht zum Teil auf eine wahnwitzige Verschwendungswirtschaft und eine verfehlte Steuergesetzgebung zurückzuführen ist.) Die jetzt die Goldmark vertretende Rentenmark ist im Grunde nur mobilisierte Substanz des Volksvermögens (gewissermaßen ein Anteil an einer Hypothek auf dieses) und die herrschende Kreditnot zeigt, wie knapp die noch verfügbare Substanz ist. Aus der Substanz des Volksvermögens hat Deutschland die Mittel genommen und nimmt sie noch jetzt, um die Rohstoffe für die Industrie zu beschaffen, den durch die Inlandsproduktion nicht gedeckten Bedarf an Nahrungsmitteln zu befriedigen, aber auch um die Reparationen und sonstigen Leistungen an die Feindmächte zu bewerkstelligen. Das kann nicht immer so weitergehen, und auch Auslandskredite können hier nicht dauernd helfen, wenigstens nicht, so lange ihnen jährliche Verpflichtungen gegenüber stehen, die mehrmals größer sind als das ganze kreditierte Kapital. Die Ernährung des deutschen Volkes ist zweifellos auf die Dauer stark in Frage gestellt. Sie ist bisher auch nur deswegen möglich gewesen, weil das deutsche Volk — wieder von

gewissen Kreisen abgesehen — sich übermäßige Beschränkungen auferlegt hat. Weite Schichten des Volkes sind unterernährt und in ihrer Lebenskraft geschwächt. Dies gilt namentlich für die heranwachsende Generation. (Nach einer Statistik des Roten Kreuzes waren in 43 Großstädten 198000 Kinder tuberkulös und 827000 sonst krank.) Die Ernährungsschwierigkeiten, zu denen noch, gleichfalls als Folge des wirtschaftlichen Abstiegs, Arbeitsmangel hinzutritt, finden ihren Ausdruck auch in einer Abnahme der Geburtenziffer, namentlich in den Städten. Trotzdem vermehrt sich die Bevölkerung noch immer (jetzt etwa um 400000 Köpfe jährlich) und auch der Zuzug aus dem Osten dauert fort. Deutschland wird in der Tat bald, um auf einen zynischen Ausspruch des Franzosen Clémenceau anzuspielen, 20 Millionen Menschen zu viel haben!

Verhältnisse wie die geschilderten sind zu allen Zeiten ein Antrieb für eine starke Auswanderung gewesen. Man hat nun allerdings geglaubt, einer solchen dadurch vorbeugen zu können, daß man Gesetze zwecks Begünstigung einer inneren Siedlung erließ. Die Erfolge sind aber nur gering gewesen. Eine zu weit gehende Aufteilung des Großgrundbesitzes verbietet sich von selbst, da gerade die Großstädte und industriereichen Gegenden in ihrer Ernährung auf diesen angewiesen sind. Die Urbarmachung von Oedland vermehrt zwar die Nahrungsmittelerzeugung, ist aber sehr teuer und ohne staatliche Hilfe nicht durchführbar. Ueberhaupt hat sich die innere Siedlung infolge der hohen Preise für Baumaterialien, Inventar, Zuchtvieh und dergleichen als nicht recht

lohnend erwiesen, sodaß es bisher bei kleinen Ansätzen einer solchen verblieben ist. Im Uebrigen sind es nicht Nahrungssorgen allein, die in Deutschland zu einer Auswanderung drängen. Unter den heutigen politischen Verhältnissen ist es, ähnlich wie in der Zeit nach den Napoleonischen Kriegen, gerade für viele ideal veranlagten Naturen nicht möglich, sich in Deutschland in einer für sie geeigneten Weise zu betätigen und dort das seelische Gleichgewicht zu finden.

Wir haben ohne Frage seit dem Kriegsende in Deutschland eine Art Uebervölkerung, zwar keine sogenannte absolute, aber wenigstens eine relative. Daß sie sich nicht in einer Auswanderung größeren Maßstabes entladen hat, lag in ganz besonderen Verhältnissen. Einmal wurde durch die Ueberorganisation der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft sowie durch die Abwicklung des Krieges künstlich Arbeitsgelegenheit geschaffen, und sodann war Deutschland gewissermaßen von der übrigen Welt abgesperrt. Alle Gebiete der ehemals feindlichen Staaten blieben der deutschen Einwanderung verschlossen und, soweit die ehemals neutralen Länder in Frage kamen, verhinderten der Stillstand der Schifffahrt Deutschlands, die hohen Preise fremder Schifffahrtslinien, die schwierigen Paßverhältnisse und vor allem der Tiefstand der Mark die Auswanderung. Auswanderungslustige gab es genug. Aber sie konnten einfach das Reisegeld nicht erschwingen und noch weniger das Geld, um in der Fremde irgend ein Unternehmen anzufangen. Diese Verhältnisse haben sich inzwischen wenigstens zum Teil geändert, wenngleich noch immer weite Gebiete der Welt für deutsche Einwanderer

gesperrt sind (der australische Kontinent z. B. ganz, ferner Neuseeland, Britisch-Indien, Rhodesien und die französischen Besitzungen). Damit hat auch die Auswanderung aus Deutschland wieder zugenommen, und zwar neuerdings in einer Weise, die sehr zu denken gibt.

Statistisch erfaßt werden kann nur die Auswanderung über die Seehäfen. Die Kopffzahlen sind für

1919	1920	1921	1922	1923
3144	8458	23 451	36 527	115 416

Die Zahl der Auswanderer über Land kommt erfahrungsgemäß derjenigen über See annähernd gleich, sodaß man die Gesamtzahl der Auswanderer etwa durch Verdoppelung der obigen Ziffern erhält. Sie zeigen uns ein ununterbrochenes Anwachsen der Auswanderung und für das Jahr 1923 geradezu ein sprunghaftes Emporschnellen. Die jährlichen Zahlen vor dem Kriege sind z. Zt. schon weit übertroffen. Seit 1892 hat Deutschland keine so starke Auswanderung mehr erlebt wie im vergangenen Jahre, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Zunahme auch weiterhin anhalten wird.

Die Statistik gibt auch über die Ziele der Auswanderer Auskunft. Zum größten Teil wenden sie sich — ganz wie vor dem Kriege — den Vereinigten Staaten zu, dann den Lateinstaat in Südamerika, namentlich Argentinien und Brasilien. (Nach den Vereinigten Staaten zogen 1923 93 576, nach Argentinien 9 460, nach Brasilien 8 920 Auswanderer). Die Zahl der Auswanderer nach den Vereinigten Staaten und damit die Zahl der Auswanderer überhaupt wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn nicht die

Vereinigten Staaten die Einwanderung für die verschiedenen Nationen kontingentiert hätten. Die für die Zeit vom 1. Juli 1923 bis dahin 1924 festgesetzte Zahl der deutschen Einwanderer war schon Anfang Dezember 1923 erschöpft.

In den Vereinigten Staaten gehen die deutschen Auswanderer ohne Frage auch jetzt wie früher bis auf wenige Ausnahmen ihrem Volkstum gänzlich verloren. Die Stimmung der großen Massen in den Vereinigten Staaten ist infolge der Verhetzung während des Krieges noch immer wenig deutschfreundlich, und der Deutsche, der jetzt dort noch schwerer als früher um sein wirtschaftliches Bestehen zu kämpfen hat, kommt daher nur zu leicht in Versuchung, sein Deutschtum zu verleugnen. Günstiger liegen die Verhältnisse in den mittel- und südamerikanischen Staaten. Aber auch dort fällt es dem Auswanderer schwer, Deutscher zu bleiben. Das erstarkte Nationalbewußtsein jener Staaten sieht es nicht gern, daß Fremde ihren Volkscharakter bewahren, so daß z. B. in Brasilien die deutschen Schulen trotz der Deutschfreundlichkeit drangsaliert werden. Schon um wirtschaftlich zwischen den Einheimischen fortzukommen, muß der Deutsche die fremde Sprache sprechen und fremde Sitten annehmen.

Die Auswanderungsfrage ist damit für Deutschland auf demselben Stand angelangt, auf dem sie sich in den fünfziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts befand, nur daß inzwischen die Welt verteilt und es nicht mehr möglich ist, herrenlose Länder als Kolonialgebiete in Besitz zu nehmen. Die Lage ist also eine weit schwierigere und die Frage,

wie sich das Reich zu der wachsenden Auswanderung verhalten soll, nicht leicht zu beantworten.

Das Verkehrteste wäre es jedenfalls, einfach die Dinge sich selbst zu überlassen und den Kopf in den Sand zu stecken. Die Auswanderung entzieht jetzt Deutschland etwa die Hälfte seines Geburtenüberschusses, und das Verhältnis dürfte in Zukunft noch ungünstiger werden, da dem Anschwellen der Auswandererzahl, wie schon erwähnt, ein Sinken der Geburtenziffer gegenübersteht, das infolge Fortdauer der Ursachen ebenfalls anhalten dürfte. Ein Staat aber, der einen derartigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch erlitten hat wie Deutschland, darf kein Mittel unversucht lassen, um sich wieder emporzuarbeiten. Deutschland kann es unmöglich dulden, daß jährlich etwa die Hälfte und mehr des natürlichen Zuwachses an Volkskräften ungenutzt abströmt. Sonst laufen wir Gefahr, nicht nur in dem jetzigen Zustand der Ohnmacht und politischen Sklaverei zu verbleiben, sondern auch als Volk an Bedeutung zu verlieren. Es genügt daher nicht, daß man den Auswanderungsschwindel bekämpft und für die Auswanderer im Inlande durch Beratung und polizeiliche Schutzvorschriften sorgt. Noch mehr als früher tritt jetzt an das Reich die Pflicht heran, seine Fürsorge für die Auswanderer auch auf das Ausland auszuweiten. Allerdings bestehen schon zahlreiche private Organisationen, im Mutterlande (z. B. der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Vereinigung für deutsche Siedelung und Wanderung, das Deutsche Auslandsinstitut Stuttgart, der katholische St. Raphaelsverein) wie namentlich auch in den verschiedenen

Einwanderungsländern, die sich der Aufgabe unterziehen, die Deutschen im Auslande zu beraten, ihnen Stellen zu vermitteln, ihnen Lehrkräfte und Schulbücher zuzuführen, auch im Falle der Bedürftigkeit sie zeitweilig zu unterstützen. Aber die Aufgabe, auf die es vor allem ankommt, die Auswanderung den nationalen Interessen dienstbar zu machen, so daß sie zu einer wirtschaftlichen und politischen Kraftquelle für das Mutterland wird, kann nur der Staat lösen. So wenig dies den heutigen politischen Neigungen entspricht und der Regierung bequem sein mag, wird man doch die schon in früheren Zeiten erhobene Forderung erneuern müssen, daß das Reich die Auswanderung in bestimmte Bahnen leitet und seinen abwandernden Landeskindern im Auslande nach Möglichkeit Gelegenheit zur geschlossenen Ansiedelung verschafft. Die Geschichte der deutschen Niederlassungen in Brasilien, in Siebenbürgen, im Banat, im Kaukasus, an der Wolga und in Palästina hat es bewiesen, daß es den Deutschen in zusammenhängenden Niederlassungen auch unter den schwierigsten Umständen gelingt, ihr Volkstum zu bewahren. Es kommt dann weiter darauf an, die nötigen Beziehungen zu diesen Niederlassungen anzuknüpfen und aufrechtzuerhalten, so daß der Zusammenhang mit ihnen gewahrt bleibt und Deutschland von ihnen denselben Nutzen hat, wie andere Nationen von ihren Volksablegern in der Fremde. Sehr vieles wird nach dieser Richtung hin schon durch eine entsprechende Tätigkeit des Auswärtigen Amtes und seiner Organe im Auslande geschehen können. Nötigenfalls wird man aber trotz der trostlosen Finanzlage des Reiches nicht davor

zurückschrecken dürfen, für die erwähnten Zwecke größere Mittel aufzuwenden. Milliarden von Goldmark opfern wir jährlich den Feinden, Hunderte von Millionen sind aufgewendet worden, um den besetzten Gebieten ihr Los durch Uebernahme der Besatzungskosten zu erleichtern. Sollte es da wirklich nicht möglich sein, einige Millionen für die Auswanderung zu erübrigen, zumal da durch die Kürzung der anfänglich den Auslands- und Kolonialdeutschen zugesagten Entschädigungen große Summen gespart worden sind?

Freilich ist die Gelegenheit zu geschlossenen Siedelungen Deutscher im Auslande heute nicht sehr groß. Die fremden Staaten haben zumeist kein Interesse daran solche zu unterstützen, sondern sehen im Gegenteil vielfach scheid auf sie, weil sie wünschen müssen, daß alle fremden Volkselemente möglichst bald sich assimilieren. Von selbst drängt sich daher auch jetzt wieder der Wunsch auf, die Auswanderung in Gebiete zu leiten, wo der Auswanderer unter deutscher Hoheit und im unmittelbaren Zusammenhange mit der Heimat bleibt, also in Kolonialgebiete. In der Regel werden wirtschaftliche Gründe ins Feld geführt, um die Forderung nach Rückgabe der uns geraubten Schutzgebiete zu unterstützen. In der Tat läßt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seit der Beendigung des Krieges ihren Verlust sehr bedauerlich erscheinen. Noch schmerzlicher müssen wir ihn aber im Hinblick auf die zunehmende Auswanderung empfinden. Einstweilen müssen wir freilich mit der Tatsache rechnen, daß die Kolonien Deutschland nicht mehr gehören. Sie kommen also, soweit sie überhaupt der deutschen Einwanderung

geöffnet sind, wie Südwestafrika und mit gewissen Beschränkungen neuerdings auch Ostafrika, Englisch-Kamerun und Samoa, nur als gewöhnliche Auswanderungsländer in Betracht. Immerhin haben sie vor diesen eine Reihe von Vorzügen, die nicht zu unterschätzen sind. Das deutsche Volk ist dort schon heimisch, die eingeborene Bevölkerung ist zum Teil deutsch erzogen und deutschfreundlich, der Einzelne findet leicht wirtschaftliche Anknüpfungen. Besonders günstig liegen die Verhältnisse in Südwestafrika. Hier ist die Zahl der Deutschen trotz der seiner Zeit erfolgten Ausweisungen noch groß genug, um auf die Verwaltung des Landes Einfluß ausüben zu können. Die Sprache ist deutsch und der Einzelne findet überall Anschluß an Landsleute, so daß er keine Veranlassung hat, sein Deutschtum abzustreifen. (Es befinden sich etwa noch 9000 Deutsche in Südwestafrika). Die Kolonie ist gewissermaßen eine geschlossene Siedelung Deutscher. Es wird darauf ankommen, ihr diesen Charakter zu erhalten. Hier wird die deutsche Politik einzusetzen haben. Das deutsche Volk wird seine Landsleute in Südwestafrika, die jetzt wirtschaftlich schwer zu kämpfen haben, nicht im Stich lassen dürfen und ihnen soweit nötig, auch pekuniär beistehen, im übrigen aber alles tun müssen, um ihnen die Behauptung ihrer Nationalität zu erleichtern. Diese Aufgabe ist ja zum Glück von der Regierung erkannt worden. Aber auch die Deutschen, die nach den übrigen Schutzgebieten hinausgehen, werden Gegenstand besonderer Fürsorge sein müssen, mögen sie auf die Dauer oder auf Zeit dorthin überwandern. Namentlich werden auch die früher dort tätig gewesenem Gesell-

schaften in dem Bestreben, ihre Betriebe wieder aufzunehmen, weitgehendst zu unterstützen sein, soweit möglich ebenfalls durch finanzielle Beihilfen. Auf diese Weise kann auch in den rein tropischen Kolonien für viele Deutsche Beschäftigungsgelegenheit geschaffen werden, die in der Heimat eine solche nicht finden können, und zwar ohne daß sie ihrem Volke verloren gehen. Für die Förderung deutscher Unternehmungen in den ehemaligen Schutzgebieten wird u. a. auch das wissenschaftliche Material nutzbar gemacht werden können, welches dort unter deutscher Verwaltung gesammelt worden ist. Wissenschaftliche und wirtschaftliche Expeditionen nach den früheren Kolonien werden nach wie vor zu fördern sein.

Wir sehen also: Schon jetzt sind reichliche Aufgaben für eine aktive Kolonialpolitik vorhanden. Es ist deshalb auch zu begrüßen, daß die Regierung sich entschlossen hat, einen Rest der ehemaligen Kolonialzentralverwaltung beim Auswärtigen Amt zu erhalten. Die Forderung, daß uns die entrissenen Kolonialgebiete zurückgegeben werden, werden wir darum nicht fallen lassen dürfen, sondern es wird nationale Pflicht sein, sie immer wieder aufs neue zu erheben. Mag es auch zweifelhaft sein, ob wir bald damit Erfolg haben werden, so ist dies doch keineswegs ausgeschlossen. Die politische Konstellation kann sich ändern, und es ist sogar wahrscheinlich, daß eine Aenderung bald eintreten wird. Alle Erfahrungen der Geschichte sprechen dagegen, daß ein Bündnis so vieler Völker zur Niederhaltung und Aussaugung eines einzelnen, wie es jetzt Deutschland gegenübersteht, lange Zeit zusammenhalten wird. Es wird zu

Ende gehen, sobald sich das deutsche Volk aufrafft und sich nicht mehr aussaugen läßt. Dann wird sich auch die Frage des weiteren Schicksals unserer ehemaligen Kolonialbesitzungen von selbst aufrollen.

Nicht einmal der Gedanke, daß wir irgendwelche früher noch nicht besessenen Kolonialgebiete erlangen könnten, ist ganz von der Hand zu weisen. Die Welt wird immer wieder von neuem verteilt. Kolonialreiche bilden sich und zerfallen. Warum soll es nicht gelegentlich möglich sein, ein Kolonialgebiet von einem Staate zu erwerben, der es nicht mehr halten kann oder will? Eine weitsichtige Politik wird auf Kolonialgebiete der in Frage kommenden Art ein besonderes Augenmerk richten und die Auswanderung dorthin selbst dann unterstützen, wenn sich dieser augenblicklich Schwierigkeiten entgegenstellen.

Voraussetzung für jede Art der Wiedererlangung eines Kolonialbesitzes ist, daß der koloniale Gedanke im deutschen Volke lebendig bleibt und der Wille besteht, ihn, sobald sich Gelegenheit dazu bietet, in die Tat umzusetzen. Die Regierung wird im gegebenen Augenblick nur dann entschlossen zugreifen können, wenn das Volk hinter ihr steht. Deshalb ist es notwendig, das Verständnis für die Kolonialfrage in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen. Gerade eine Betrachtung des Auswanderungsproblems ist geeignet, dies Verständnis zu fördern.



## DOKUMENTE DEUTSCHER KOLONIALPOLITIK

Im Verlage der Kolonialwarte (Agencia Duems), Berlin W 35, sind erschienen:

### **Unvergessenes Heldentum**

Das Kolonialwerk der Deutschen  
Schutztruppe und Marine

Herausgegeben vom Präsidium des  
Deutschen Kolonialkriegerbundes

100 Seit., 12 Bildbeil. Preis G.-M. 1,50 zuzügl. Porto.

### 40 Jahre deutsche Koloniarbeit

Herausgegeben von der Kolonialen  
Reichsarbeitsgemeinschaft

60 Seiten Großoktav. 8 Bildbeil. Preis G.-M. 1,50.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:  
Diese Schrift ist eine Aufklärungs- und Kampfschrift, die jeder Deutsche lesen sollte und deren weiteste Verbreitung im deutschen Volke, nicht aber zuletzt im Auslande, eine nationale Pflicht ist“.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen.